

Bevölkerung wie Regierung zeigen sich erschöpft. Die dabei sichtbaren Symptome einer Dystopie sind freilich nur in einem neuen Miteinander zu bewältigen. Ein Essay.

Keine Demokratie ohne Hoffnung

Von Daniela Ingruber

Wer Science-Fiction mag, kennt sie, die Architektur der Dystopie, die leergefegten Plätze, den Rückzug ins Eigenheim, das irgendwann zu einsam, zu klaustrophobisch wird, die immergleichen Tätigkeiten, die Überwachung und eine Macht, die verkündet, wie man sich zu verhalten habe. Es gibt nichts mehr, woran geglaubt werden kann, niemanden, der man vertrauen wollte. Ermattung macht sich breit.

Erschreckend, wie bekannt das wirkt. Der Regierung geht ebenso die Kraft aus wie der Bevölkerung. Der Kontakt zueinander scheint im Laufe der unendlichen Pressekonferenzen verlorengegangen. Das Bad in der Menge fehlt, wie die Bilder davon, die früher einmal sagten: „Ich bin eine von euch.“ Seit einem Jahr agieren Bürgermeisterinnen sowie Regierungsmitglieder hinter Plexiglas, und mit jeder Woche wächst die Distanz.

Ermattung und Skandale

Im Frühling 2020 hörte man noch, man wolle „normal“ gar nicht mehr zurück, wolle besser leben. Selbst Marketingprofis schrieben emotionale Artikel über die Hinwendung zu ökologischen Standards, vom Ende des Individualismus und der Bedeutung des „wir“. Zwar wurde nicht bedacht, dass „wir“ einen gefährlichen politischen Begriff darstellt, weil es zum „wir“ auch „die anderen“ braucht, um identitätsstiftend zu wirken, doch immerhin dachte man nach. Auf regionaler Ebene entstanden neue Kooperationen – und der Föderalismus schien plötzlich hilfreich.

Das war vor der großen Erschöpfung, die mit den herbstlichen Wellen der Pandemie dystopieartig hereinbrach. Schon waren die guten sozialpolitischen Vorschläge dahin, ebenso die Geduld, das Miteinander, Hoffnung und Vertrauen. Letzteres nicht nur vonseiten der Bevölkerung, sondern auch von der Regierung gegenüber der Bevölkerung. In der Erschöpfung wurde kaum wahrgenommen, wie die Kommunikation entglitt, die große Erzählung nicht mehr funktionierte. Dass derzeit Skandale und Streitigkeiten die Innenpolitik bestimmen, ist nicht zuletzt daraus erklärbar. Der Rückzug hinter Plexiglas, pandemiekonform sinnvoll, tut jenen Politikerinnen nicht gut, die sich selbst als Marke statt als Dienstnehmerinnen der Bevölkerung begreifen.

Hoffnung, Vertrauen und Wachsamkeit bilden Grundbedingungen, um Demokratie leben zu können. Sie stehen in keiner Verfassung und werden kaum bemerkt, solange sie florieren. Doch es steht nicht besonders gut um sie. Wer die Hoffnung hatte, es würde aufgrund der Pandemie greifbar, dass das nächste große Politikthema der Klimawandel sein müsse, und zudem meinte, dass wunderbar altmodische Begriffe wie Teilhabe und Solidarität zurückkehren würden, wird enttäuscht. Die ersten Nicht-Covid-Schlagzeilen handeln weder von Umweltschutz noch von sozialen Projekten, sondern davon, dass wohlintegrierte Schulkinder mit ihren Eltern abgeschoben werden; die Freude über ein Transparenzgesetz wird vom Umstand getrübt, dass eine Justizbehörde diffamiert statt unterstützt wird; und Journalistinnen werden für ihre Aufdeckungsarbeit geklagt.

Alle scheinen am Limit. Der Überraschung der ersten Pande-

mionate folgt eine Wehleidigkeit, die Diskussionen verunmöglicht. Manch Regierungsmitglied hat sich an den Befehlston der Verordnungen gewöhnt und findet nicht mehr zurück zum Miteinander. Die Straßen und Plätze füllen sich zwar wieder, doch der öffentliche Raum gleicht einer Wartehalle. Spürbar und sichtbar bleibt eine tiefe Verunsicherung auf allen Seiten. Man weicht einander aus, dreht sich weg. Ein Fremdeln geht um und reißt Politikerinnen mit sich.

Rückzug in die Bilderwelt

Optisch aufbereitet bieten die Social Media ein Bild der Angst vor der eigenen Vergänglichkeit, der mit zahllosen Selfies vom Rückzug ins Biedermeier entgegengewirkt wird. Ich im Schnee, ich beim Brotbacken und immer wieder ich in der Natur. Durch die Vielzahl an Fotos scheint dem Tod ein Schnippchen geschlagen; Selbstbestätigung in einer Zeit, in der die Vergänglichkeit täglich statis-

tisch abgebildet wird. Parallel dazu herrscht die Leerstelle, die seit einem Jahr gleichen Nicht-Bilder von Politikerinnen hinter Masken und ohne Publikum.

„Die Politik braucht die Bevölkerung mit ihrem Gestaltungswillen, und die Bevölkerung soll Beteiligung einfordern.“

Die Verwundung macht auch vor der Demokratie nicht halt und wird die Gesellschaft noch lange beschäftigen. Der öffentliche Raum hat sofort Schaden genommen und sich entpolitisiert. Was aber kommt danach? Die Wut, die sich in der Sicherheitslücke angesammelt hat, zieht sich bestenfalls diffus zurück. Eine Gefahr bildet die Gegenbewegung, die Bevölke-

rung und Politik zueinander vollziehen. Die einen im Rückzug ins politische Desinteresse, die anderen vermögen den Befehlston nicht abzuschalten und wenden ihn auf die staatsinternen Institutionen an. Der ohnehin geschwächten Demokratie bringt dies zusätzlichen Schaden. Die Einmischung in die Gewaltentrennung rüttelt an ihren Grundfesten.

Alle scheinen mit sich selbst beschäftigt. Man hat sich daran gewöhnt, nicht mehr miteinander zu reden. Jede Kritik wird als Angriff betrachtet, anstatt sie als Möglichkeit zum Lernen anzunehmen. Was für manche traurig ist, hat in der Politik fatale Folgen. Den Elfenbeinturm aber kann sich eine Regierung nicht leisten, noch weniger in einer Pandemie. In den Bundesländern gilt das umgekehrte Problem. Der Föderalismus besitzt zwar den Vorteil, an mancher Stelle menschlicher, schneller und daher effizienter einzugreifen, doch zeigt er in der Krise ebenso, was er nicht kann: für Gleichheit zu sorgen. Wenn jeder jeden kennt, einige einander allerdings noch ein bisschen besser kennen, wird es schwieriger, sich dem Drängen auf vorgezogene Impfungen oder andere Ausnahmen zu entziehen und eine gerechte Verteilung zu schaffen.

Manch unbequeme Frage muss auch in der Ausnahme-situation gestellt werden, nicht zuletzt, um das Vertrauen zu verdienen, das die Bevölkerung der Politik zu geben bereit ist. Mit Widerwillen zu antworten, schadet nicht nur dem eigenen Image, sondern auch dem Demokratieempfinden, weil in der allgemeinen Ermattung die Kraft fehlt, zu unterscheiden zwischen dem, was eine Regierung kann oder nicht kann, und dem, was die Demokratie vermag. Die Verantwortung der Regierung ebenso wie der Opposition ist in dieser Sensibilität besonders groß. Nicht alle haben das bereits begriffen.

Die Bevölkerung einbeziehen

Dabei ist die Dystopie nichts Unausweichliches. Es gibt genügend junge Menschen, die etwas beitragen möchten, regional, (inter)national und in einem Miteinander. Auf sie zuzugehen und ihnen den Raum zu geben, in der jetzigen Phase Neues zu versuchen, täte auch den Machtzentren besser als die ständige Selbstverteidigung. Die Justiz macht schon ihre Arbeit, man kann sich getrost zurücklehnen. Dies, und parallel dazu den Bürgerinnen ein wenig mehr Eigenverantwortung zuzutrauen, bietet Raum, um sich den Fragen der Zukunft zu widmen. Die Zeit der Verordnungen wird zu Ende gehen. Weder wirtschaftlich noch sozial kann man an den Ausgangspunkt zurück, da der Staat kein Videospiel ist. Die Politik braucht die Bevölkerung mit ihrem Gestaltungswillen, und die Bevölkerung soll die Beteiligung einfordern. Nur die eigene Eitelkeit wird manch Politikerin ein wenig zurücknehmen, denn die Zeit des reinen Ich-Marketings sollte im Interesse aller zu Ende gehen.

Übrigens endet selbst der Ur-film der Dystopie, „Fahrenheit 451“ – unwiderstehlich verfilmt mit Oscar Werner 1966 –, wenn schon nicht „happy“, dann wenigstens mit Vertrauen und Hoffnung. Und das ganz ohne Eitelkeit.

Die Autorin ist Demokratieforscherin an der Donau-Universität Krems.

Und was jetzt?

Die schwierige Gegenwart erinnert mitunter an den Ur-film der Dystopie: „Fahrenheit 451“ aus dem Jahr 1966 (im Bild: Julie Christie).



Foto: Gettyimages / Universal Pictures

Lesen Sie dazu auf furche.at auch den Text „Risiken der Demokratie: Wut und Ohnmacht“ von Vedran Džihic (25. November 2020).